

# Wem gehört die Stadt?

Programm zur Wahl der  
Stadtverordnetenversammlung  
Bremerhaven 2019

***DIE LINKE.***



# Inhalt

<b>Mit Sicherheit – auch sozialer – für alle in Bremerhaven</b> .....	5	<b>7. Migration und Flucht</b> .....	17
<b>1. Demokratie und Bürgerbeteiligung</b> .....	6	Migration gehört zu unserer Welt ....	17
<b>2. Sozial ist muss</b> .....	7	Flucht ist kein Verbrechen .....	18
<b>3. Bildung</b> .....	8	<b>8. Digitale Gesellschaft – digitale Stadt</b> .....	19
Auf den Anfang kommt es an – frühkindliche Förderung .....	8	Bildung in der digitalen Gesellschaft .....	19
Eine Schule für alle .....	9	Digitale Verwaltung .....	19
Schulgebäude .....	10	<b>9. Kultur, Sport und Freizeit</b> .....	20
Ausbau der Weiterbildung .....	10	<b>10. Drogen und Sucht</b> .....	21
<b>4. Soziale und ökologische Stadt</b> .....	11	<b>11. Gesundheit und Pflege</b> .....	22
Bezahlbarer und menschenwürdiger Wohnraum .....	11	<b>12. Sicherheit im öffentlichen Raum</b> .....	23
Mobilität in der Klimastadt Bremerhaven .....	11	Polizei .....	23
Schutz der Umwelt, Schutz vor Emissionen in der Stadt .....	13	Feuerwehr und Rettungsdienst .....	24
<b>5. Geschlechtergleichstellung</b> ....	14	<b>13. Aktive Arbeitsmarktpolitik in Bremerhaven</b> .....	25
Gleichstellung der Frauen .....	14	<b>14. Wirtschaft und Häfen</b> .....	26
Gleichstellung aller Menschen, die nicht in das traditionelle Schema von Mann und Frau passen .....	15	Situation im Einzelhandel .....	26
<b>6. Antifaschismus in Bremerhaven</b> .....	16	Rückführung von privatisierten städtischen Betrieben .....	26
Bündnis- und Netzwerkarbeit zur Bekämpfung rechter Strukturen .....	16	Die Häfen .....	27
Konsequente antifaschistische Arbeit vor Ort .....	17		

DIE LINKE. Bremerhaven

Programm zur Wahl der  
Stadtverordnetenversammlung  
Bremerhaven 2019

Beschluss der  
Kreismitgliederversammlung  
am 2. März 2019

# Mit Sicherheit – auch sozialer – für alle in Bremerhaven

Ein Thema beherrscht seit Monaten die öffentliche Diskussion: Sicherheit.

Die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft nach Jahren der neoliberalen Armutspolitik von SPD, Grünen, FDP und CDU im Bund, im Land und auch in Bremerhaven verunsichert immer mehr Schichten unserer Bevölkerung.

Zunehmende Armut bis in die Mittelschicht durch eine Ausweitung des Niedriglohnsektors, die Vernichtung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, die Privatisierung staatlichen Eigentums und staatlicher Einrichtungen, die Senkung des Rentenniveaus – um nur einige Punkte der Agenda 2010 zu nennen. Bremerhaven ist weiterhin eine der am stärksten von Armut betroffenen Städte Deutschlands

Zusätzlich wird diese Unsicherheit verstärkt, in dem auch Freiheitsrechte unter Beschuss geraten sind: Menschenrechte wie Asyl und Schutz vor Verfolgung, Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung werden nicht nur durch Rechtspopulismus und Neo-Faschismus bedroht. Längst sind konservative Kreise bemüht, erkämpfte Rechte in Frage zu stellen.

Immer häufiger werden Streiks mit Hilfe von Gerichten verboten, hebeln Unternehmen Arbeitnehmerrechte mit EU-Recht aus, werden Betriebsräte in ihrer Arbeit behindert oder durch Unternehmensaufspaltung verhindert. Im Zweifelsfall schließt man Niederlassungen, in denen sich Mitarbeiter\*innen gegen schlechte Bedingungen wehren.

Auch der Klimawandel und digitale Überwachungssysteme stellen enorme Bedrohungen dar, gegen die von Seiten

der Regierungen zu wenig getan und über die nur wenig aufgeklärt wird.

Wir Bürger\*innen werden an vielen Entscheidungen auch in unserer Stadt nicht ausreichend beteiligt, obwohl sie enorme Eingriffe in unser Leben bedeuten. Wir werden einfach vor vollendete Tatsachen gestellt, Kritiker\*innen belächelt und weiterhin in kleinem Kreis gemauschelt.

Seit Jahren wird in Bremerhaven an den falschen Stellen gespart. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Wir wollen eine Umorientierung der öffentlichen Finanzen zum Wohle der hier lebenden Menschen.

In diesem **Programm zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung 2019** finden Sie / findet Ihr unsere Sicht auf die Sicherheitslage – denn **Sicherheit ist unser Thema, aber ohne Angst und Panik und schon gar nicht begrenzt auf angeblich kriminelle Ausländer.**

Die Stadt Bremerhaven führt seit Jahren die Armutsstatistik an. Hier ist Armut nicht nur ein Risiko, sondern alltägliche Realität. Das ist sichtbar für jede\*n, erlebbar für viel zu viele.

**In unserer Stadt Bremerhaven bedeutet Sicherheit für uns:**

- sicher wohnen zu können, ohne Angst zu haben, dass die Miete nicht mehr bezahlt werden kann, und/oder Strom, Wasser, Gas gesperrt werden.
- ein sicheres und ausreichendes Einkommen zu haben, von dem jede\*r leben kann auch ohne Sozialhilfe
- sicher eine gute Bildung zu bekommen, ohne Leistungsdruck,

durch qualifizierte Lehrer\*innen und Erzieher\*innen, ohne Unterrichtsausfälle, in sicheren Schulgebäuden und durch ausreichende Krippen- und KiTa-Plätze

■ sicher zu sein, weil Menschen bei Stadtverwaltung, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Krankenhäusern ihre Arbeit machen können, weil ausreichend Personal und vernünftige Ausrüstung da ist

■ sicher Hilfe zu bekommen, Hilfe, die ich brauche – unbürokratisch, ohne

Sanktionen und ohne ewige Wartezeiten, weil Personal zur Bearbeitung fehlt

■ sicher und ohne Angst durch unser Bremerhaven zu kommen, mit einem gut ausgebauten, bezahlbaren ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) sowie guten Fahrrad- und Gehwegen.

Dieses Programm soll Ihnen und Euch unsere Ideen dazu näherbringen – dafür machen wir uns stark.

**Ein gutes Leben gibt es nur mit der LINKEN.**

# 1. Demokratie und Bürgerbeteiligung

Stellvertreterpolitik war gestern – selbst entscheiden ist heute

Über Bürger\*innenbeteiligung wird in der Öffentlichkeit – gerade in der Zeit sinkender Wahlbeteiligung und sogenannter Politikverdrossenheit – viel diskutiert. Die Stadtteile sind die Orte, wo die Menschen sich überwiegend aufhalten. Gerade hier besteht die Chance der direkten Mitgestaltung des Lebensumfeldes durch die Bürger\*innen, wie die in einzelnen Stadtteilen bestehenden Stadtteilkonferenzen aufzeigen.

Bürger\*innen wollen sich nicht mehr bevormunden lassen. Sie sind alles andere als politikmüde, sie wehren sich gegen ungenügende Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen und mischen sich deshalb auch vermehrt in politische Prozesse ein. Aktuelle Beispiele in Bremerhaven sind die Behandlung der Deponie am Grauen Wall sowie die Auseinandersetzung um die

Bebauung in der »Neuen Aue«. Gegen die Bebauung in der »Neuen Aue« gibt es ein Bürgerbegehren, das erst einmal von der Stadtverordnetenversammlung aus fadenscheinigen Gründen als unzulässig abgelehnt worden ist und wo erst das Verwaltungsgericht die Zulässigkeit festgestellt hat. Eine wesentliche Rolle bei der Ablehnung spielte hierbei der Kostendeckungsvorschlag; die Notwendigkeit eines Kostendeckungsvorschlags ist eine unnötige Hürde, unter anderem in Niedersachsen und Hamburg entfällt diese Notwendigkeit.

Es ist ein Deponiebeirat »Grauer Wall« eingerichtet worden. Die Geschäftsordnung legt allerdings fest »Der Beirat hat die Aufgabe, den Abbau von Argwohn sowie Misstrauen gegenüber dem Deponiebetreiber herzustellen«

Es gibt Ansätze von Bürger\*innenbeteiligung zu einzelnen Politikfeldern. So hat es Foren zu den Themen Klimastadt

und Radverkehrs-konzept gegeben. Die Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge ist unterschiedlich. Die auf dem Forum Klimastadt am stärksten unterstützte Forderung nach einem Straßenbahnkonzept ist weitgehend ignoriert worden. Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zum Radverkehrs-konzept sind derzeit noch in Arbeit.

Wir setzen uns ein für:

- Absenkung der Hürden für Bürger\*innenentscheide durch Wegfall der Notwendigkeit eines Vorschlags für die Kostendeckung;
- Änderung der Satzung des Depo-niebeirats, damit die Anliegen der Bürger\*innen im Mittelpunkt stehen.

## 2. Sozial ist muss

Mit einer offiziellen Arbeitslosenquote von 12 Prozent (Stand 2018) hat Bremerhaven prozentual weit mehr Arbeitslose als das Land Bremen (9,7 Prozent) oder der Bund (5,0 Prozent). Davon bezogen mehr als 75 Prozent Leistungen nach SGB II, also Hartz IV. **Die Armut bekämpfen – nicht die Armen!**

Die Einführung der Hartz-Gesetze vor mehr als 15 Jahren hat die Lebenssituation vieler Menschen in Bremerhaven in besorgniserregender Weise verschlechtert und zu einer massiven Verstetigung von Armut geführt. Dass die Regelsätze nicht bedarfsdeckend sind, stellte bereits im Jahr 2010 das Bundesverfassungsgericht fest.

Hinzu kommen Sanktionen auch schon bei kleineren Regelverstößen, wie zum Beispiel einem versäumten Termin im Jobcenter. Die Stadt als Mitbetreiberin des Job-Centers trägt hieran eine Mitverantwortung. Hierdurch kann der Betrag noch unter den schon zu niedrigen Regelsatz gekürzt werden. Der Artikel 1 des Grundgesetzes besagt: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Das muss auch in Bremerhaven gelten. Anstelle einer Politik, die die Armen

mit einer zum Teil menschenunwürdigen Sanktionspraxis bekämpft, fordern wir ein grundlegendes Programm zur Bekämpfung der Armut und gegen den Ausbildungsnotstand in Bremerhaven.

Kinderarmut ist häufig eine direkte Folge von Frauenarmut. Aufgrund der schlechteren Entlohnung von typischen Frauenberufen und des höheren Anteils von Frauen im Niedriglohnssektor sind alleinerziehende Mütter eher auf ergänzende Hilfen angewiesen. Zwar hat der Magistrat bereits 2005 eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe »Armut im Kindesalter« eingerichtet, dennoch hat sich an der dramatischen Situation der Kinderarmut nicht viel geändert.

Da auch nach Beendigung der Schule vielen Jugendlichen der Einstieg in das Berufsleben verwehrt bleibt, weil es zu wenige Ausbildungsplätze gibt, sind »Armutskarrieren« vorgezeichnet.

Wir setzen uns ein für:

- bezahlbaren Wohnraum für alle unter anderem durch Ausbau der Wohnungsbestände mit öffentlicher Förderung (Mietpreisbindung) bei den Wohnungsgesellschaften STÄWOG und GEWOBA,

- die Sicherung und den Ausbau der sozialen Infrastruktur durch gezielte Stadtteolförderung,
- die Übernahme von Verpflegungskosten an Schulen und Kindergärten für die Kinder von Hartz IV-Bezieher\*innen und Geringverdienenden,
- dass jede\*r den Öffentlichen Nahverkehr inklusive Fahrmöglichkeiten in die Unterweser-Region mit einem geförderten Sozialticket wahrnehmen kann, das monatlich deutlich weniger kostet als

der in der Grundsicherung vorge-sehene Betrag für Verkehr,

- die möglichst vollständige Abschaffung der Sanktionen für Bezieher\*innen von ALG II,
- Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Bezieher\*innen von ALG II,
- öffentliche Finanzierung unabhängiger Rechtsberatung für die Empfänger\*innen von ALG II und anderen staatlichen Transferleistungen.

### 3. Bildung

Bildung ist ein Menschenrecht. Sie ist Voraussetzung für die Entwicklung der Persönlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft. Sie bietet Chancen für die berufliche und persönliche Verwirklichung aller. Sie ist Grundbedingung für Emanzipation und Teilhabe an der Gesellschaft.

#### **Auf den Anfang kommt es an – frühkindliche Förderung**

Bildung ist ein vielschichtiger, lebenslanger Prozess nach dem Motto LEBEN IST LERNEN – LERNEN IST LEBEN. Besonders wichtig für eine erfolgreiche Bildungsbiografie ist der frühe Beginn ohne Stress und Leistungsdruck. Kindertagesstätten und Grundschulen sind Bildungseinrichtungen, die den Kindern das Lernen unter solchen kindgerechten Bedingungen bieten können und sollen.

Seit 2014 haben Eltern für jedes Kind einen Rechtsanspruch auf einen Platz in der Krippe oder Tagesstätte. Noch immer fehlen solche Plätze und Erzieher\*innen, um diesen Anspruch erfüllen

zu können. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind sie unverzichtbar.

Ein Grund für die fehlenden Erzieher\*innen sind die Ausbildungskosten. Erzieher\*innen bekommen derzeit in der Regel keine Ausbildungsvergütung; die gibt es derzeit nur in der praxisintegrierten Ausbildung.

Wir setzen uns ein für:

- kostenlose Krippenplätze,
- die Verkleinerung der Regelgruppe auf maximal 15 Kinder bei zwei voll ausgebildeten Erzieher\*innen,
- die Ausbildung zu Erzieher\*innen mit Ausbildungsvergütung,
- kein Ersatz von Erzieher\*innen durch Sozialassistent\*innen, sondern diese als Ergänzung,
- Freistellung von Leitung für Verwaltung usw.,
- Anrechnung von mittelbaren Tätigkeiten (Vor-, Nachbereitung, Elternabend) auf die Arbeitszeit.



## Eine Schule für alle

DIE LINKE steht für eine solidarische, demokratische, gleichberechtigte und gerechte Schule, in der alle Schüler\*innen von der ersten bis zur zehnten Klasse ganztägig gemeinsam lernen. Die gemeinsame Gestaltung eines Tages in der Ganztagsschule lässt auch Zeit für individuelle Förderung und macht Hausaufgaben überflüssig. Das kommt besonders den Kindern zugute, denen im Elternhaus die Möglichkeit einer Förderung aus unterschiedlichen Gründen nicht gegeben sind.

Ein Bestandteil der Ganztagsschulen muss auch das Angebot verschiedener Sportarten und musischer Fächer sein. Alle Schüler\*innen müssen herausfinden können, wo auch in diesen Bereichen ihre Talente liegen. Diese Fächer sollten nicht benotet werden.

Eine Trennung der weiterführenden Schulen in Oberschulen und Gymnasien darf es nicht mehr geben. Es wäre auch für die Schüler\*innen in ihrer sozialen Entwicklung nicht förderlich.

Wir verstehen das aktuelle zweigliedrige Schulsystem in Bremerhaven als Zwischenschritt zu einer **Schule für alle**.

Seit 2009 ist Inklusion im Schulgesetz des Landes Bremen festgeschrieben. Zur Umsetzung dieses Gesetzes wurden aber von staatlicher Seite die finanziellen Mittel dafür nur unzureichend zur Verfügung gestellt, so dass die Inklusion weder personell noch materiell möglich ist. Das ist kontraproduktiv und schadet dem Anliegen der Inklusion. Es führt dazu, dass von einigen Bürger\*innen die Inklusion in Frage gestellt oder abgelehnt wird. Inklusion ist für eine gerechte, demokratische Gesellschaft unverzichtbar.

Die Bildungspolitik im Land Bremen ist seit Jahren geprägt durch Einsparungen bei Personal, Gebäude und Ausstattung. Dadurch gibt es eine eklatante Unterfinanzierung des Bildungshaushaltes. Seit Jahren weisen Gewerkschaft und Elternvertretungen auf diesen Umstand hin und fordern mit Aktionen, Demonstrationen und politischen Eingaben eine Änderung der Politik.

Zur Zeit gibt es eine Initiative, das Bildungssystem neu aufzubauen. Ziel ist eine am tatsächlichen Bedarf orientierte Bildungsfinanzierung, statt an politisch vorgegebenen Finanzierungszielen.

Wir wollen uns daran aktiv beteiligen und dabei auch moderne bildungspolitische Ideen einbringen. Neben einer Schule für Alle und der Ganztagsschule, stehen für uns auch die internen Schulstrukturen auf der Tagesordnung. Das heißt z. B. Unterrichtsbeginn ab 9 Uhr statt 8 Uhr, der moderierende und unterstützende, statt behelnde Lehrer oder das Konzept der Lernlandschaft, nach der die Lernenden ihren Weg und die erforderlichen Schwerpunkte selbstbestimmt suchen.

Wir setzen uns ein für:

- eine bedarfsgerechte Einstellung von Lehrkräften,
- die flächendeckende Einführung des Modells gebundene Ganztagsschule mit angemessenen Arbeitsräumen für Schüler\*innen und Lehrkräfte,
- Bereitstellung ausreichend finanzieller Mittel für Lernmittelfreiheit,
- den Ausbau von Angeboten zur Berufsorientierung in allgemeinbildenden Schulen,
- ein breit gefächertes Angebot von Sportarten und im musischen Bereich.

## Schulgebäude

Durch jahrelange Sparpolitik fehlen in Bremerhaven mehrere Schulgebäude. In den vorhandenen Schulen und anderen Bildungseinrichtungen gibt es einen massiven Investitionsstau.

Der Neubau von Schulen ist bereits in Planung und soll wegen der Schuldenbremse in öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) gebaut werden. Das bedeutet, dass die Schulen von Privatinvestoren gebaut werden, um sie dann an die Stadt mit sehr langen Verträgen zu vermieten. Auf diese Weise bekommen die Investoren nicht nur die Baukosten zurück, sondern sichern sich auch hohen Profit auf Kosten der öffentlichen Hand. Für die Stadt wird das nicht nur sehr teuer, sondern bindet auf Dauer sehr hohe Geldbeträge, die an anderen Stellen fehlen.

Eine Möglichkeit, die Schuldenbremse zu umgehen, wäre die Einsetzung stadteigener Gesellschaften.

Wir setzen uns ein für:

- die vollständige Sanierung der älteren Schulgebäude,
- den Neubau von Schulen über stadteigene Gesellschaften ohne private Investoren.

## Ausbau der Weiterbildung

Wir setzen uns dafür ein, dass Weiterbildung neben vorschulischer Bildung, Schule, Hochschule und beruflicher Bildung als gleichrangige Säule im Bildungswesen und als öffentliche Aufgabe wahrgenommen und gefördert wird.

Auch der Weiterbildungsbereich ist unterfinanziert. Das Honorar der Dozent\*innen an der Volkshochschule liegt immer noch bei unter 20 Euro pro

Unterrichtsstunde. In dieses Stundenhonorar fließt nicht nur die gesamte Vor- und Nachbereitungszeit ein, die Kursleiter\*innen müssen sich auch selber versichern. Nach Abzug der Versicherungen und Steuern bleibt ihnen oft nicht einmal der geltende Mindestlohn. In der Stadt Bremen gibt es derzeit Vereinbarungen, dieses Honorar bis 2023 auf 31 Euro pro Unterrichtsstunde zu erhöhen.

Wir setzen uns ein für:

- eine wirksame Berufsqualifikation statt Warteschleifen,
- Planungssicherheit für Weiterbildungsträger,
- die Förderung neuer Kooperationsformen und Netzwerk-Strukturen – zum Beispiel durch die Einbindung neuer Lernorte (Stadtbibliotheken, Bürgerhäuser, Internet-Cafés ...),
- die Erhöhung der Honorare für Dozent\*innen im Weiterbildungsbe- reich und entsprechende Erhöhung der Zuschüsse für die Volkshochschule.

# 4. Soziale und ökologische Stadt

## **Bezahlbarer und menschenwürdiger Wohnraum**

Die Wohnungsmieten in Bremerhaven sind nicht so hoch, wie in vielen anderen Kommunen Deutschlands. Dennoch besteht ein Mangel an bezahlbaren Wohnungen, die einen akzeptablen Standard haben. Der Anspruch an Wohnungen für Menschen mit speziellen Bedürfnissen steigt. So brauchen wir mehr Wohnungen für Menschen mit Behinderungen, für Ältere, für Alleinerziehende. Auch das Leben in Mehrgenerationenhäusern wird in Zukunft eine größere Rolle spielen.

In der Vergangenheit sind verstärkt neue Baugebiete ausgewiesen worden. Damit werden die wenigen Grünflächen in der Stadt – wie zum Beispiel in der »Neuen Aue« - weiter verringert. Des Weiteren werden häufig Grundstücke, die im Eigentum der Stadt sind, unwiderruflich veräußert und damit für spätere Planungen aus der Hand gegeben.

Die Baugebiete stehen in erster Linie zur Bebauung mit Einfamilienhäusern für finanziell besser gestellte zur Verfügung. Für Menschen ohne Vermögen oder hohe Einkommen sind diese Häuser und Wohnungen unbezahlbar.

Daneben gibt es in Bremerhaven eine größere Anzahl von Schrott-Immobilien. Diese sind nicht bewohnbar und es gehen zum Teil Gefahren von ihnen aus, da es leicht zu Bränden kommen kann. Diese Immobilien müssen entweder saniert werden, um daraus wieder guten Wohnraum zu schaffen – oder notfalls abgerissen werden. Wenn eine Enteignung nicht möglich

sein sollte, sind solche Immobilien unter Zwangsverwaltung zu stellen.

Wir setzen uns ein für:

- die Enteignung leerstehender Gewerbeflächen und Zuführung neuer Nutzung, Erstellung eines Katasters, aus dem Lücken auch in unbebauten Baubereichen erkennbar sind;
- die Förderung der Sanierung von Problemimmobilien;
- Lösungen des Problems der Schrottimmobilien z. B. durch Enteignung oder Zwangsverwaltung;
- die Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaues in größerem Umfang;
- die Abgabe von Grundstücken der öffentlichen Hand grundsätzlich nur über Erbbaurecht.

## **Mobilität in der Klimastadt Bremerhaven**

Das Konzept Klimastadt Bremerhaven soll als Leitbild für die Bürger\*innen, Stadt und Wirtschaft dienen. Es enthält gute Ansätze und Versprechen, neue Wege zu gehen und die Bürger\*innen zu beteiligen. Darüber hinaus besteht besonderer Handlungsbedarf, da im Vergleich zu anderen Städten der Anteil der Wege zur Nutzung privater PKW sehr viel höher ist. Der öffentliche Nahverkehr befindet sich immer noch auf einem niedrigen Niveau, ebenso die Rad- und Fußwege.

Es soll die Elektro-Mobilität durch Elektroautos und E-Bikes gefördert werden. Das darf aber nicht alles sein. In der herrschenden Politik gibt es immer noch eine große Skepsis gegenüber

modernen Verkehrskonzepten: So ist in einem Bürgerbeteiligungsprojekt das Thema »Wiedereinführung der Straßenbahn« als eines der wichtigsten Ziele bewertet worden – die Politiker\*innen der Koalition haben dazu sehr schnell mit der Aussage reagiert, dass das nicht in Frage kommen kann.

Das Leitbild »Klimastadt Bremerhaven« ist zu nutzen, um eine bessere Abstimmung der Tätigkeitsbereiche Raumplanung und Verkehrsplanung zu erreichen und die Entwicklung selbständiger Stadtteile im Sinne einer »Stadt der kurzen Wege« zu fördern.

In der Stadt Bremen werden sehr viele Investitionen in den Ausbau von zukunftsfähigen Verkehrsmitteln wie S-Bahn und Straßenbahn gesteckt. Es sind weitere Linien im Bau und in der Planung. In Bremerhaven brauchen wir ähnliche Anstrengungen zur Verbesserung des menschlichen und ökologischen Klimas.

Doch stattdessen wird ein Hafentunnel gebaut, der einen immensen Eingriff in die Natur darstellt und dessen tatsächliche Kosten nicht abzusehen sind.

Mehr Sicherheit im Verkehr heißt nicht nur weniger Verkehrsunfälle, sondern auch mehr subjektive Sicherheit. Alle Verkehrsteilnehmer\*innen sollen in Bremerhaven sicher unterwegs sein können, keine Angst haben beim Überqueren einer Straße, beim Radfahren oder in einem Parkhaus. Als Fußgänger\*innen, besonders wenn sie nicht mehr sehr sportlich sind, ist das Überqueren der breiten Fahrbahnen an einigen Stellen problematisch. Die Grünzeiten sind relativ kurz – es muss durch Umbau der Ampelanlagen den Fußgängern\*innen klar gemacht werden, dass nach dem Verlassen des Gehwegs ein Überqueren der Straßen auch nach dem Ende der Grünphase

ohne Hast möglich ist. Um die Wartezeiten auf das nächste Grün besser abschätzen zu können, sollten an verkehrsreichen Kreuzungen die Sekunden bis zum nächsten Grün angezeigt werden.

Der ÖPNV und der nicht motorisierte Individualverkehr müssen stärker in den Verkehrsplanungen berücksichtigt werden. Wir brauchen eine\*n Mobilitätsbeauftragte\*n, wie es sie in vielen österreichischen Kommunen gibt. Zu den Aufgaben dieser Person gehören unter anderem die Überprüfung der Möglichkeit des umweltfreundlichen Verkehrs (von der Raumplanung bis zur Bewusstseinsbildung), die Erhöhung der Verkehrssicherheit, die Eindämmung von Umweltbelastungen, die Einsparungsmöglichkeiten des motorisierten Individualverkehrs sowie die Beteiligung an der Planung von Straßen, Rad- und Fußwegen.

Wir setzen uns ein für:

■ Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen

- für eine\*n kommunale\*n Mobilitätsbeauftragte\*n,
- Breitere Fußwege und bessere Querungshilfen an viel befahrenen Straßen,
- Ampeln für Fußgänger\*innen, die Wartezeiten für das nächste Grün anzeigen; Maßnahmen, die das Überqueren auch bei kürzeren Grünphasen subjektiv sicherer machen,
- Gehwege an Kreuzungen absenken, um auch mobilitätseingeschränkten Menschen die Überquerung zu erleichtern,
- Maßnahmen, um das Parken auf Fußgängerwegen und Fahrradwegen einzuschränken,

– Entwicklung eines sicheren Radweggesetzes nach einem Generalplan,

– Einbindung nicht-motorisierter und umweltschonender Verkehrsarten beim Planen neuer Straßen,

– Neuverteilung der Verkehrsflächen zugunsten von stadtverträglichen Mobilitätsformen z. B. durch Umwidmung von Fahrbahnen zu Angebotsstreifen für den ÖPNV, Fuß- und Radverkehr;

#### ■ Öffentlicher Personennahverkehr

– Einführung der Straßenbahn als moderne Stadtbahn aus verkehrspolitischen und städtebaulichen Gründen,

– Taktverdichtungen im gesamten Stadtbahn- und Busnetz (auf den Hauptachsen mindestens 7,5-Minuten-Takt),

– Einführung eines kostenlosen bzw. bezahlbaren Sozialtickets für den Nahverkehr,

– Reaktivierung des Bahnhofs Bremerhaven-Speckenbüttel mit Anbindung an das Busnetz,

– direkter Anschluss des Busverkehrs an den Bahnhof Wulsdorf.

#### ■ Eisenbahn und Straße

– Wiederanbindung an den Fernverkehr der Deutschen Bahn (ICE, IC);

– Einrichtung einer durchgehenden Verbindung nach Hamburg;

– Lärmschutz mit intelligenten Lösungen an Gleisen und Zügen, Geschwindigkeitsbeschränkungen für Güterzüge mit hohen Schall-Emissionen.

– größtmögliche Verlagerung des Lkw-Verkehrs auf die Schiene;

– Stopp der Planungen des 2-Milliarden-Projekts »Küstenautobahn« A20

## **Schutz der Umwelt, Schutz vor Emissionen in der Stadt**

Die Umweltbelastungen durch die Emissionen des Verkehrs, wie z. B. Abgase, Erschütterungen und Lärm müssen reduziert werden. Das verbessert die Lebensqualität aller. Auch wenn wir nur für kurze Zeiten im Stadtverkehr unterwegs sind, sind wir alle 24 Stunden lang den negativen Auswirkungen des Verkehrs ausgesetzt.

Die Deponie Grauer Wall ist seit längerem in der Kritik. Offensichtlich gibt es Probleme in der Anlage, die – trotz vorhandener Akten beim Bremer Senat – heruntergespielt werden. Auf der Deponie werden auch hochgiftige Abfälle abgelagert, für die die Deponie nicht geeignet ist. Trotz massiver Verstöße, die auch im Nachhinein nicht behoben werden können, läuft der Betrieb weiter. Die vorgeschriebene Schichtdicke zwischen Grundwasser und Deponiekörper entspricht weder dem Deponierecht noch dem Planfeststellungsbeschluss.

Darüber hinaus genehmigte der Senat für Bau, Umwelt und Verkehr eine Erweiterung der Deponie auf 50 Meter Höhe. Durch das Mehrgewicht besteht die Gefahr, dass die Schutzschicht noch dünner und möglicherweise an einigen Stellen durchlässig wird.

In der 2017 geänderten Klärschlammverordnung werden Betreiber von Kläranlagen verpflichtet, Phosphate zurückzugewinnen. Hierzu muss der Klärschlamm getrocknet werden. Eine entsprechende Anlage dazu sollte in der Nähe der Kläranlage gebaut werden, um Belastungen durch die Transporte zu reduzieren. Den Bau einer solchen Anlage in der Nähe der Müllverbrennungsanlage lehnen wir ab, weil es dort keinen ausreichenden Abstand zu Wohngebieten gibt.

Wie im Kapitel zu »Demokratie und Bürgerbeteiligung« ausgeführt, ist der Deponie-Beirat nicht dazu geschaffen, um Transparenz herzustellen, sondern um Kritik zu besänftigen. Stattdessen müssen wir diese Auseinandersetzung führen.

Ein weiteres Umweltproblem ist der zu hohe Grundwasserspiegel in Wulsdorf in der Nähe des Wasserwerkwaldes und im Ahnthammsmoor. Durch die Trinkwasserförderung aus einem Brunnen wurde dieser Spiegel seit Jahrzehnten künstlich niedrig gehalten. Vor diesem Hintergrund wurde in den 1960er Jahren dort Bauland für über einhundert Ein- und Mehrfamilienhäuser ausgewiesen und bebaut. Der niedrige Grundwasserspiegel wurde in keiner Weise in Frage gestellt. Inzwischen wurde die Trinkwasserförderung aus dem Brunnen stillgelegt, so dass der Grundwasserspiegel deutlich zu hoch ist. Grund für die Stilllegung des Brunnens ist, dass swb das Trinkwasser billiger aus Niedersachsen bezieht.

Die Hauseigentümer\*innen fordern die Senkung des Grundwasserspiegels auf den Stand zum Zeitpunkt der Bebauung. Für entstandene Schäden müssen Entschädigungen gezahlt werden. Hier müsste die Privatisierung

der Trinkwasserförderung rückgängig gemacht und der Brunnen wieder in Betrieb genommen werden. swb verweigert das, also muss die Stadt dies in eigener Regie durchführen.

Auch der Hafen ist eine Quelle umwelt- und gesundheitsschädlicher Emissionen. Die Antriebsstoffe der Schiffe sind Diesel und Schweröl, also Sondermüll. Ebenso verhält es sich mit den radioaktiven und explosiven Materialien, die dort umgeschlagen und transportiert werden.

Wir setzen uns ein für:

- die Schließung und Begrünung der Deponie Grauer Wall,
- den Stopp des Mülltourismus,
- Senkung des Grundwasserspiegels auf den Zustand zur Zeit der Bebauung,
- die Überprüfung der Nitratbelastung der an die Geeste angrenzenden Wiesen und Einleitung von entsprechenden Maßnahmen bei zu hoher Belastung,
- die Planung und den Bau einer Trocknungsanlage für Klärschlamm in der Nähe der Kläranlage,
- den Erhalt und die ökologische Aufwertung des Aue-Gebietes, keine Neuaufgabe der zurückgezogenen Bebauungspläne.

## 5. Geschlechtergleichstellung

Ein wichtiges Ziel der Politik muss sein, dass es endlich eine Gleichstellung aller Geschlechter gibt. Das ist nicht nur die Erlangung der vollständigen Gleichstellung von Frauen und Männern. Daneben gibt es eine Reihe von Menschen, die sich in der geschlechtlichen Zuordnung Mann/Frau nicht wiederfinden.

### **Gleichstellung der Frauen**

Auch wenn sich die Situation der Frauen in Deutschland deutlich verbessert hat, ist die Gleichstellung in vielen Bereichen bis heute nicht erreicht. Sie tragen noch immer das größte Armutsrisiko, bedingt durch Kindererziehung und Pflege von Angehörigen.

Frauen leisten den höchsten Anteil an unbezahlter Familienarbeit, so dass sie gezwungen sind, ihre Berufstätigkeit aufzugeben, verstärkt in Teilzeit zu arbeiten oder schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Oder sie sind auf Sozialhilfe angewiesen. Die Folge sind Rentenbeträge noch unterhalb der Armutsgrenze.

Eine weitere Bedrohung stellt die körperliche, psychische, sexualisierte Gewalt dar - insbesondere im häuslichen Bereich. Es gibt zwar entsprechende Gesetze zum Schutz von Frauen, aber wenn die öffentlichen Mittel zum Beispiel für Frauenhäuser nicht ausreichend zur Verfügung gestellt werden, ist eine Wirkung unmöglich.

Die ständigen Kürzungen im Sozialbereich treffen vor allem alleinerziehende Mütter, alleinstehende Frauen\*, Frauen\* mit Behinderungen und alte Frauen\*. Sie und die Kinder sind die Leidtragenden einer verfehlten Sozialpolitik.

Wir setzen uns ein für:

- Unabhängige, flächendeckende, kostenlose Beratungsstellen für berufliche Angelegenheiten, Lebens- und Familienplanung,
- Anlaufstellen für von Gewalt bedrohte Frauen, einschließlich Schaffung und Erweiterung von Frauenhäusern und deren autonome Finanzierung,
- Programme für Sex-Arbeiter\*innen, die sich anders orientieren möchten,
- Kostenlose Kinderbetreuung,
- sichere Unterkünfte von geflüchteten Frauen\* und Kindern, in denen sie vor Übergriffen jeder Art geschützt sind,
- Bereitstellung von Tampons und Binden an allen öffentlichen Orten,
- Verbot sexistischer Werbung auf städtischen kommunalen Flächen und in öffentlichen Einrichtungen,

- Kostenlose Bildungsmöglichkeiten für Frauen, um Rückkehr in den Beruf und Wiedereinstieg in das Arbeitsleben zu erleichtern,

- Vertrauenspersonal quotiert an allen Schulen, damit Schüler\*innen selbst entscheiden können, ob sie einer Frau oder einem Mann vertrauen möchten.

### **Gleichstellung aller Menschen, die nicht in das traditionelle Schema von Mann und Frau passen**

Seit 2018 besteht für gleichgeschlechtliche Paare in Deutschland die Möglichkeit eine Ehe einzugehen sowie Kinder zu adoptieren. Dies ist ein wichtiger Schritt der gesetzlichen Gleichstellung homosexueller Paare mit heterosexuellen Paaren.

Dennoch ist gerade auch die gesellschaftliche Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bi- oder Pansexuellen, Trans\*-Menschen und intersexuellen Menschen (LSBTIQ\*) noch nicht überwunden.

In den Schulen werden nicht alle Lebens- und Familienmodelle gleichwertig behandelt. Eine Änderung des Lehrplans sowie Fortbildungen der Lehrkräfte und Pädagogen zur Sensibilisierung sind hier notwendig. Eine frühe gleichwertige Darstellung im Bildungsbereich kann nicht nur Vorurteilen vorbeugen. Sie ist vor allem wichtig um jungen LSBTIQ\*-Menschen Unterstützung und Akzeptanz zu vermitteln. Denn noch immer ist die Suizidrate homosexueller Jugendlicher deutlich höher als die heterosexueller gleichen Alters, bei transsexuellen Menschen ist diese Rate noch höher.

Auch treten psychische Erkrankungen in Folge von Diskriminierungserfahrungen bei LSBTIQ\*-Menschen vermehrt auf. Um dem entgegenzu-

wirken ist der Ausbau von Beratungsstrukturen zwingend erforderlich.

LSBTIQ\*-Menschen werden in vielen Ländern verfolgt und zum Teil mit dem Tod bedroht und fliehen nach Deutschland. Da sie auf Grund von überkommenen Traditionen auch in Flüchtlings-einrichtungen gefährdet sind, bedürfen sie eines besonderen Schutzes.

Aber auch in Deutschland werden jährlich 300 Fälle homo- und transphober Übergriffe dokumentiert. Die Dunkelziffer liegt noch höher. Auch in Bremerhaven wurden 2017 zwei Frauen Opfer eines homophoben Übergriffs. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit der Einrichtung von Schutzräumen für LSBTIQ\*-Menschen.

Wir setzen uns ein für:

- die Einrichtung von Schutzräumen

und Beratungsstrukturen für LSBTIQ\*-Menschen,

- geschulte Ansprechpartner\*innen in allen Verwaltungen, Behörden und Ämtern,
- Aufnahme dieses Themenkomplexes in Schulen und Berufsschulen,
- verpflichtende Fortbildungen für alle Lehr- und pädagogischen Kräfte bezüglich LSBTIQ\*,
- die Förderung von Kursangeboten für Menschen mit einer sexuellen Orientierung, die nicht dem heteronormativen Konzept entspricht,
- die Errichtung eines selbst verwalteten Queer-Zentrums,
- besonderen Schutz für geflüchtete LSBTIQ\*-Menschen, um Übergriffe durch andere Bewohner zu verhindern.

## 6. Antifaschismus in Bremerhaven

Auch im 21. Jahrhundert sind Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft stark verbreitet. Die terroristischen Anschläge des sog. NSU sind die Spitze des Eisbergs – und auch nach dem Ende des NSU ist rechter Terror eine reale Bedrohung. Rechtsextreme Parteien rufen auf Stickern zu Aktionen gegen politisch Andersdenkende auf.

### **Bündnis- und Netzwerkarbeit zur Bekämpfung rechter Strukturen**

Es haben sich neue, demokratische und antifaschistische Bündnisse in der Seestadt gegründet und etabliert, die neben Demonstrationen und Aktio-

nen auch eine breite Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Dies ist als absoluter Fortschritt im Vergleich zu früheren Jahren zu werten, in denen antifaschistische Arbeit meist auf kleineren Gruppen und den Schultern von Einzelpersonen lastete. Der Zusammenschluss von fortschrittlichen Kräften aus Parteien, Institutionen, Vereinen und sonstigen politischen Organisationen ist notwendiger denn je, um die rechten Tendenzen zurückzudrängen und konkrete Alternativen anzubieten.

Für uns ist Antifaschismus nicht ein bloßes Lippenbekenntnis, sondern fester Bestandteil unserer alltägli-



chen, politischen Arbeit. Um den gesellschaftlichen Rechtsruck zurückzudrängen und effektiv zu bekämpfen, ist es notwendig in die Offensive zu gehen und sich Rassist\*innen, Nationalist\*innen und Faschist\*innen dort in den Weg zu stellen, wo sie auftreten, vereint und geschlossen.

### **Konsequente antifaschistische Arbeit vor Ort**

Der Nutzung antifaschistischer Netzwerke, Bündnisse und der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Antifaschistische Arbeit ist oft unbequem und wird von Seiten des Staates nicht selten behindert und kriminalisiert. Dieser Umstand wird uns allerdings nicht davon abhalten unsere demokratischen Rechte auszuüben, um jederzeit und überall gegen undemokratische und reaktionäre Parteien, Organisationen und Einzelpersonen und ihre Aktionen und Versammlungen vorzugehen, um ihren Wirkungskreis zu reduzieren bzw. einzuschränken. Dies gilt für die Arbeit auf der Straße, in den Betrieben, Schulen, Hochschulen und im Parlament.

Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in den Schulen ist weiterhin eine wichtige Aufgabe. Hier ist in den letzten

Jahren einiges in Angriff genommen worden, was auch unsere Anerkennung findet, zum Beispiel der seit 2015 jährlich durchgeführte Tag der Stadtgeschichte jeweils am 18. September.

Zum Faschismus in Deutschland gehört nicht nur die Geschichte der NSDAP. Es findet kaum eine Auseinandersetzung mit dem Neo-Faschismus statt. Von der NPD über die NSU-Fälle bis hin zu neuen Partei-Gründungen gibt es hier viele Themen, mit denen man sich in der Schule und in der Öffentlichkeit auseinandersetzen muss.

Wir setzen uns ein für:

- Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit über rechte Netzwerke, Strukturen, Organisationen und Einzelpersonen,
- direkte Aktionen auf der Straße und Anträge im Parlament gegen jede Form von Rassismus, Nationalismus, Faschismus und Sozialchauvinismus,
- Projekte für Jugendliche (schulisch und außerschulisch) zur Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Faschismus (inkl. Nationalsozialismus),
- Förderung von Projekten in Vereinen und Initiativen zum Thema Antifaschismus.

## **7. Migration und Flucht**

### **Migration gehört zu unserer Welt**

Migration ist die Suche nach neuen Perspektiven, die im eigenen Land nicht zu finden sind, die es im eigenen Land nicht gibt oder aus politischen, weltanschaulichen Gründen verwehrt werden.

Die Abschottung vor diesen Menschen ist nicht nur ein Verstoß gegen Menschenrechte, sondern auch mangelnde Bereitschaft zur weltweiten Weiterentwicklung z. B. in den Bereichen Bildung, Arbeit, Klimaschutz.

Migration bietet Chancen für die Menschen und auch für die aufnehmende Gesellschaft. Durch die Wahl, in einem anderen Land als dem Geburtsland den Lebensmittelpunkt zu finden, bietet sich die Chance, andere Länder, Menschen und Kulturen kennenzulernen. Das ist eine Bereicherung für jeden Menschen und jedes Land – eine Welt in Frieden, ohne Grenzen wie wir sie uns wünschen.

Bremerhaven ist eine bunte, interkulturelle, tolerante, hilfsbereite Stadt. Wir wollen, dass es so bleibt. Wir fordern daher von unserer Gesellschaft einen solidarischen Umgang mit Geflüchteten und Migrant\*innen, egal aus welchem Grund und aus welchem Land sie kommen.

Wir setzen uns ein für:

- stärkere Kontrollen der Qualität der Unterkünfte – Schrottimmobilien dürfen nicht als Wohnraum genutzt werden.

## **Flucht ist kein Verbrechen**

Als Folge von Kriegen, Verfolgung, Naturkatastrophen, Ausbeutung von Mensch und Natur begeben sich viele Menschen auf die Flucht, um eine sichere Perspektive für sich zu erhalten.

Auch Deutschland und die Europäische Union sind an den Ursachen von Flucht wesentlich beteiligt: Unser Land gehört zu den Spitzenländern bei der Produktion und Lieferung fast aller Waffen und Kriegsgüter der Welt. Lieferungen erfolgen auch in Krisengebiete und Diktaturen. Billige landwirtschaftliche Güter – in Europa zu viel produziert und subventioniert – werden in arme Länder vertrieben, wodurch die Existenzgrundlagen der dort heimischen Landwirte vernichtet werden. Die Billigproduktion

z. B. von Textilien schafft in armen Ländern Arbeitsplätze ohne ausreichende Löhne, zum Teil unter gesundheits- und lebensgefährlichen Bedingungen. Ein Übriges schaffen ungerechte, unfaire Handelsabkommen einseitig zu Gunsten der europäischen Wirtschaft.

Menschen, die vor so verursachter Armut und Perspektivlosigkeit fliehen, werden legale Fluchtwege und Einwanderung verweigert. Jährlich sterben tausende von ihnen auf gefährlichen Fluchtwegen.

Die Geflüchteten sind in normalen Wohnungen unterzubringen. Gruppenunterkünfte können übergangsweise notwendig sein. Dabei ist sicher zu stellen, dass die Menschen genügend Privatsphäre haben

Wir setzen uns ein für:

- besseren Schutz für unbegleitete Kinder und Jugendliche,

- Abschaffung der Altersbestimmung durch medizinische Untersuchungen, entscheidend für Jugendhilfe darf nur die pädagogische Sicht sein,

- sichere Unterkünfte,

- unabhängige, kostenlose Beratungs- und Jugendhilfezentren einschließlich Gesundheitsvorsorge,

- Unterbringung in dezentralen Wohnräumen mit respektvoller Betreuung, Massenunterkünfte dürfen nur für kurze Zeit als Übergang zur Verfügung stehen,

- gleichberechtigte Teilhabe an der Gestaltung des täglichen Zusammenlebens.

# 8. Digitale Gesellschaft – digitale Stadt

Die Digitalisierung hat alle Bereiche der Gesellschaft erreicht. Im Privatleben und in der Wirtschaft spielen digitale Medien und digitale Kommunikation eine immer stärkere Rolle. Hier ist es wichtig, dass die Bürger\*innen nicht in die Rolle des bloßen Konsumenten gedrängt werden, die passiv das mitmachen, was ihnen vorgegeben wird, sondern, dass sie sich aktiv mit den Möglichkeiten und Risiken dieser Technologien auseinandersetzen. Entsprechende bezahlbare Bildungskurse müssen auch für Menschen jeden Alters angeboten werden.

## **Bildung in der digitalen Gesellschaft**

Entscheidende Bausteine sind digitale Medien in Schulen, Aus- und Weiterbildung. In diesen Bereichen muss die Stadt ausreichende finanzielle Mittel bereitstellen, um den Zugang zum Internet zu gewährleisten.

Auch die sozialen Aspekte wie Datenschutz, Internet-Sicherheit, verantwortungsvoller Umgang gehören genauso zum Unterricht wie die Auseinandersetzung mit digitaler Kriminalität wie z. B. Mobbing, Falschmeldungen, Identitäts-Diebstahl.

Wir setzen uns ein für:

- Freien Internet-Zugang in allen Bildungseinrichtungen,
- Flächendeckende Ausstattung der Unterrichtsräume mit digitalen Whiteboards

## **Digitale Verwaltung**

Auf allen Ebenen der städtischen Verwaltung muss die Einbeziehung der Mitarbeiter wichtigstes Ziel sein. Der Ausbau der digitalen Verwaltung darf nicht zu Arbeitsverdichtung führen, sondern muss der Arbeitserleichterung dienen. Die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) können dabei helfen, bestehende Vorgänge übersichtlicher und mit weniger Papierverbrauch zu organisieren. Auch sind bessere Zugangsmöglichkeiten für die Menschen in der Stadt als Nutzer von Informations- und Verwaltungssystemen zu schaffen. Es muss Möglichkeiten geben, Formulare auch über Internet einzureichen. Durch die dadurch eingesparten manuellen Bearbeitungszeiten wird dann auch mehr Zeit frei für persönliche Betreuung von Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen keine EDV-Systeme nutzen können oder wollen.

Wir setzen uns ein für:

- öffentliche WLAN-Hotspots an allen öffentlichen Plätzen und Bushaltestellen,
- die Entwicklung eines bürger\*innen-freundlichen Programms zur Nutzung des Zugangs zu allen Ämtern und Behörden.

# 9. Kultur, Sport und Freizeit

Das kulturelle Angebot in Bremerhaven ist vielseitig.

Es gibt städtische Einrichtungen bzw. öffentlich geförderte Einrichtungen wie die Bibliotheken, die Schwimmbäder und die Freizeittreffs, das Schifffahrtsmuseum und das Historische Museum, das Stadttheater und das Theater im Fischereihafen, das Kunstmuseum und die Kunsthalle sowie das JUB. Im Bereich Alter und Neuer Hafen ergänzen das Deutsche Auswandererhaus und das Klimahaus das Angebot. Diese bieten zukunftsorientierte Programme mit hohem geschichtlichem, politischem und ökologischem Anspruch. Der Erhalt dieser Einrichtungen muss sichergestellt sein. Die Öffnungszeiten müssen sich an Bedürfnissen der Besucher, nicht an Sparhaushalten orientieren.

Außerdem gibt es eine bunte Kulturszene in den Stadtteilen; hierzu zählen Vereine und Initiativen aus den Bereichen Bildende Kunst, Theater, Tanz, Musik und Medien sowie viele Jugendprojekte in Schulen und Freizeittstätten. Viele dieser Projekte kämpfen permanent ums Überleben. Hier bedarf es einer kontinuierlichen finanziellen Unterstützung, um innovative Ideen zu entwickeln und Projekte dauerhaft zu etablieren.

Erstrebenswert wäre die Etablierung eines Kulturladens in jedem Stadtteil, wie einst im Kulturentwicklungsplan vorgesehen, um an Kultur interessierte Bürger\*innen, Initiativen, Selbsthilfegruppen und Vereine bei Projektideen zu unterstützen und bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen mit einzubeziehen. Wünschenswert wäre weiterhin die Etablierung eines selbstverwalteten Kulturzentrums, in

dem generationenübergreifend Kultur von allen und für alle interessierten Bürger\*innen angeboten werden kann. Kultur muss ihren gesellschaftspolitischen Anspruch erfüllen und darf nicht zur Ware verkommen. Sie ist ein Bürgerrecht und muss allen zugänglich sein. Nicht nur die Beteiligung an der Soziokultur ist zu unterstützen; es muss auch sichergestellt sein, dass sich alle Bürger\*innen das Eintrittsgeld für kulturelle Veranstaltungen, z. B. den Besuch des Stadttheaters, leisten können. Kultur muss für alle bezahlbar sein. Nötig wäre deshalb etwa ein Kulturgutschein, der ohne bürokratischen Aufwand erhältlich ist und diskriminierungsfreien Zugang zu kulturellen Veranstaltungen ermöglicht.

Wir setzen uns ein für:

- den Ausbau der Förderung von Vereinen, unabhängigen Kulturinitiativen und Freizeittstätten,
- die Schaffung eines selbst verwalteten Kulturzentrums,
- eine bessere Ausstattung der Jugendheime und eine Verbesserung des Freizeitangebots für Jugendliche,
- den Erhalt des Freibads Grünhöfe,
- Ausbau der Bremerhaven-Karte für alle mit Einkommen unter Grundsicherungsniveau - Kosten unter 20 Euro

# 10. Drogen und Sucht

Drogen sind eine Alltagserscheinung: Legale Drogen wie Alkohol und Zigaretten sind allgegenwärtig, und verbotene Drogen werden trotz Verbot gehandelt und konsumiert. Ihr Missbrauch kann zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden führen. Dabei sagt die Einteilung in legale und illegale Drogen nichts über deren Gefährlichkeit aus.

Nikotin und Alkohol schaden der öffentlichen Gesundheit in Deutschland mehr als alle illegalen Drogen zusammen. Die gleichzeitige gesellschaftliche Verharmlosung legaler Drogen ignoriert, dass in Deutschland besonders Alkohol (mit 9,5 Millionen Abhängigen) und Medikamentenmissbrauch sowie Spielsucht weit verbreitet sind.

Die Strafbarkeit stärkt die organisierte Kriminalität, behindert eine glaubwürdige Präventionsarbeit, erhöht die Hürden für die Drogen- und Suchthilfe, verhindert jeden Jugend- und Verbraucherschutz. Die Dämonisierung und Kriminalisierung von Drogen verfehlt gerade auch bei Jugendlichen das behauptete Ziel der Abschreckung. Statt ausreichende Mittel für präventive und therapeutische Angebote bereitzustellen, gibt Deutschland aber über 80 Prozent seiner Ausgaben im Drogenbereich für die Strafverfolgung aus. Eine kontrollierte Freigabe von gewissen Drogen führt zur Verringerung der Kriminalität im Drogenhandel und in der Beschaffungskriminalität.

Wir brauchen endlich Präventions- und Informationsangebote sowie akzeptanzorientierte, niedrigschwellige

therapeutische Hilfen. Ein Beispiel wäre das auf Heroin bezogene »Züricher Modell« in dem Ärzt\*innen den persönliche Bedarf feststellen und die betreuenden Mediziner\*innen den aus-therapierten Abhängigen genau diese Menge verabreichen. Der Drogenmissbrauch muss entkriminalisiert werden, auch damit den Konsumenten frühzeitig optimal geholfen werden kann.

Die Aufklärung an Schulen ist allgemeiner zu fassen: nicht nur die Gefahren sind zu behandeln, sondern auch der verantwortungsvolle Umgang mit Drogen. Die Drogen Alkohol, Nikotin und Medikamente sind unbedingt in gleicher Weise einzubeziehen.

Spielsucht ist ein erhebliches Problem für die Betroffenen, deren Angehörige und die Gesellschaft. Obwohl Spielautomaten in hohem Maße Sucht auslösend sind und Menschen finanziell ruinieren können, gelten sie nicht als Glücksspiel und unterliegen nicht dem staatlichen Glücksspielmonopol. Konsequenterer Spieler\*innen-Schutz muss durchgesetzt werden.

Wir setzen uns ein für:

- Drogenkonsumräume sowie die Vergabe und Entsorgung von Konsummaterialien zur Verringerung der Begleitrisiken des Konsums, zum Beispiel HIV/AIDS und Hepatitis,
- die Reduzierung der negativen Folgen von Drogenkonsum (harm reduction)
- Tests der Drogen auf Identität und Reinheit (drug-checking) mit Finanzierung durch Haushaltsmittel der Stadt,
- ein komplettes Verbot von Werbung, Sponsoring und anderen Marketingmaßnahmen im Zusammenhang mit Tabak-

und Alkoholprodukten sowie Medikamenten auf städtischen Werbeflächen,

■ das Verbot von Spielautomaten in gastronomischen Einrichtungen,

■ Aufklärung über Drogen an Schulen, dir nicht nur die Gefahren, sondern auch einen verantwortungsvollen Umgang mit Drogen behandeln.

## 11. Gesundheit und Pflege

Die Gesundheitsversorgung und die Pflege sind Grundrechte für jeden Menschen. Die Leistungen, die der einzelne in Anspruch nimmt, darf nicht von seinen finanziellen Möglichkeiten abhängen, sondern muss sich nach seinen Bedürfnissen richten. Chronisch kranke Menschen oder Menschen mit einer schweren akuten Krankheit haben einen höheren Bedarf als Menschen, die gesundheitlich gar nicht oder nur gering eingeschränkt sind.

Zum Gesundheitssystem gehört aber nicht nur die Behandlung von Krankheiten, sondern auch die gesundheitliche Prophylaxe durch Vorsorge-Untersuchungen und ggf. notwendige Kuren. Nicht zuletzt haben schwangere Frauen vor und nach der Geburt einen Bedarf an ein gutes Gesundheitssystem.

In der Vergangenheit sind Krankenhäuser, die vorher von einer Kommune oder einem gemeinnützigen Träger betrieben wurden, an private Konzerne veräußert worden. Die Kommune oder der gemeinnützige Träger spart damit erst einmal Kosten. Der Konzern will dagegen Gewinne machen – und wer bezahlt das? In erster Linie die Angestellten der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, aber auch die Patienten durch schlechtere Leistungen und die Krankenkassen durch Abrechnungen, die »betriebswirtschaftlich« an die Interessen des Kapitaleigners optimiert sind.

Das Personal wird durch schlechte Bezahlung, Reduzierung von Fachkräften durch verstärkten Ersatz von nicht oder schlecht ausgebildeten Hilfskräften und durch Einsparungen in den Bereichen Ernährung, Aktivierung, Reinigung und Hygiene physisch, psychisch und finanziell ausgebeutet.

Ganz besonders betroffen sind werdende Mütter. Die Zahl der praktizierenden Hebammen hat sich stark reduziert u. a. durch viel zu hohe Haftpflichtversicherungsbeiträge und nicht ausreichende Bezahlung durch die Krankenkassen. In Kliniken werden teilweise Kreißsäle wegen fehlender Hebammen geschlossen.

DIE LINKE tritt grundsätzlich dafür ein, dass das gesamte Gesundheitswesen sowie der Bereich Pflege in öffentliche Hand muss unter unabhängiger, demokratischer Kontrolle. Gesundheit und Pflege sind Grundrechte für Menschen und gehören nicht in die Hände von Profiteur\*innen und Spekulant\*innen.

Finanzierbar ist ein öffentliches Gesundheits- und Pflegewesen durch Änderung der Steuergesetze, die die Menschen mit höheren Einkommen stärker in die Besteuerung einbezieht. Außerdem brauchen wir eine Bürgerversicherung, in der alle Menschen einbezogen sind, also auch Beamte, Selbständige, freiberuflich Tätige, die derzeit zum Teil aus dem System ausgenommen sind. Des Weiteren sind die Beitragsbemessungs-

grenzen abzuschaffen, so dass Menschen mit einem höheren Einkommen auch dafür einen höheren Beitrag in die Kranken- und Pflegekassen zahlen.

Wir setzen uns ein für:

- freie schulische Ausbildung im Pflegebereich, sowie gut bezahlte betriebliche Ausbildung mit hohen Standards,
- Verbleib der Neonatologie im Bereich der Kinderklinik auf dem Gelände des Klinikums Reinkenheide,
- Verlagerung des Versorgungsauftrag der Kinderklinik inklusive Neonatologie

von Ameos zum Klinikum Reinkenheide,

- eine 1:1-Betreuung von gebärenden Frauen durch Hebammen in allen Kreißsälen,
- eine flächendeckende ärztliche und fachärztliche Versorgung z. B. in Gesundheitszentren einschließlich Hebammenstützpunkte,
- regelmäßige, unangemeldete, unabhängige Kontrollen in allen Einrichtungen des Gesundheitssystems,
- kostenlose Verhütungsmittel.

## 12. Sicherheit im öffentlichen Raum

»Öffentliche Sicherheit« versteht DIE LINKE als einen Rechtsbegriff, der sich zuerst am Schutz der Bürger\*innen und an deren Rechten orientiert. Damit begeben wir uns auch bewusst in Opposition zum Begriff einer vermeintlichen »inneren Sicherheit«.

### Polizei

Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalprävention. Die Lebenslagen und die Teilhabe-Möglichkeiten der Bürger\*innen in allen Bereichen des Lebens und der Gesellschaft müssen deutlich verbessert werden.

Nach unserem Verständnis von öffentlicher Sicherheit und mit Blick auf die Wahrung der Bürger\*innen-Rechte und die Ausgestaltung einer bürgernahen Polizei sind weitere Schritte zu deren Transparenz erforderlich. Wir setzen uns daher für die Einführung einer generellen Kennzeichnungspflicht aller uniformierten Polizeibediensteten ein.

In der Gesellschaft gibt es Alltags-Rassismus, der sich u.a. gegen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion oder Aussehen wendet. Polizeibeamte sind Teil der Gesellschaft. Auch hier besteht die Gefahr von Alltags-Rassismus, z. B. durch sog. »racial-profiling«, d.h. häufigere Personenkontrollen auf Grund von äußerlichen Merkmalen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Personalstärke der Polizei in Bremerhaven proportional an die in Bremen Stadt gemäß den Forderungen der GdP und des Personalrats der Polizei Bremerhaven angeglichen wird. DIE LINKE setzt sich für eine gezielte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Polizei ein. Dies wäre ein positives Signal für Bürger\*innen mit Migrationswurzeln und kann die Kommunikation der Polizei mit den Bürger\*innen nachhaltig verbessern.

Hoheitliche Aufgaben sind von öffentlichen Bediensteten auszuführen.

Eine Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf private Akteure und Dienstleister, beispielsweise auf Sicherheitsdienste, lehnen wir ab.

Die immer stärkere Videoüberwachung schafft keine zusätzliche Sicherheit, sondern birgt eher Gefahren für die Bürgerrechte.

In Bremerhaven wird der Einsatz des DEIG« (Distanzelektroimpulsgerät, auch »Taser« genannt) erprobt. DIE LINKE lehnt den Einsatz ab. Auch von diesen Geräten gehen Gefährdungen für Gesundheit und Leben aus. Es ist zu befürchten, dass durch die im Vergleich zur Schusswaffe geringere Gefährdung die Hemmschwelle für den Einsatz sinkt.

In Bayern ist ein »Polizeiaufgabengesetz« in Kraft getreten, das die Bürgerrechte weitgehend einschränkt. Dagegen haben Bundestagsabgeordnete der LINKEN und anderer Parteien Klage erhoben. Niedersachsen plant ein ähnliches Gesetz. DIE LINKE wird sich entschieden gegen alle Pläne wenden, so etwas in Bremen einzuführen.

Wir setzen uns ein für:

- generelle Kennzeichnungspflicht uniformierter Polizeikräfte,
- Verringerung der Videoüberwachung,
- Beendigung des Feldversuchs für Taser, öffentliche Diskussion der bisher gewonnenen Ergebnisse – kein Einsatz im Regelbetrieb,
- verpflichtende Fortbildungs- und Sensibilisierungs-Maßnahmen zum Thema Sexismus und Rassismus,
- Gezielte Einstellung von Migrant\*innen und Frauen.

## **Feuerwehr und Rettungsdienst**

Feuerwehr und Einsatzkräfte im Rettungsdienst übernehmen wesentliche Verantwortung und Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge im Interesse aller in Bremerhaven lebenden Menschen. Hier darf nicht weiter gespart werden. Wir brauchen eine bedarfsgerechte Personaldecke und eine Erhöhung der Anwärter\*innen- und Auszubildendenzahlen. Die Stadt muss mit den Personalvertretungen ein Konzept erarbeiten, wie mit der sehr hohen Zahl von Überstunden umgegangen wird, die jährlich in diesen Bereichen anfallen.

In enger Abstimmung mit den Beschäftigten in diesen Bereichen müssen die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass die Mitarbeitenden auch langfristig gesund und mit Zufriedenheit ihrem Beruf nachgehen wollen.

Im Bereich der Rettungsdienste sind zunehmend auch profitorientierte Unternehmen am Markt und versuchen sich Anteile zu sichern. Diese Konkurrenz wird dann letztlich auf dem Rücken der Krankenkassen und Patient\*innen ausgetragen.

Wir setzen uns ein für:

- Erhöhung der Anwärter\*innen- und Auszubildendenzahlen im Rettungsdienst,
- Abbau und Vermeidung der Überstunden,
- Aufbau von weiteren Rettungswachen im Norden und Süden der Stadt,
- eine Organisation der Rettungsdienste ohne Profitinteressen im Interesse der Patient\*innen.



# 13. Aktive Arbeitsmarktpolitik in Bremerhaven

Fast alle Widersprüche des Bundeslands Bremen spitzen sich in Bremerhaven in dramatischer Weise zu. So gibt es in Bremerhaven einen besonders hohen Anteil von ungesicherter und schlecht bezahlter Arbeit. Politik für Bremerhaven muss deshalb besondere Anstrengungen unternehmen, soziale Gerechtigkeit und vernünftige Stadtentwicklung für Bremerhaven durchzusetzen.

Wir verurteilen Tariffucht und Lohndumping. Wir wehren uns gegen die Ausweitung von Leih- und Zeitarbeitsverträgen in den Betrieben und Verwaltungen. Leiharbeit spaltet die Belegschaften und drückt auf die Löhne. Deshalb wollen wir sie bundesweit abschaffen. Auf Landesebene wollen wir jetzt schon Leiharbeit über strengere Auflagen im Vergabegesetz und bei der Wirtschaftsförderung zurückdrängen und im Öffentlichen Dienst vollständig ausschließen. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen, die Leiharbeitsquoten von über 20 Prozent haben, grundsätzlich von der Wirtschaftsförderung des Landes ausgeschlossen werden. Auch das Unwesen der wuchernden Werkverträge bedarf des öffentlichen Gegensteuerns. Öffentliche Aufträge, öffentliche Zuwendungen und Wirtschaftsförderung des Landes müssen sich konsequent am Leitbild guter Arbeit orientieren. Tarifliche Bezahlung und die Einhaltung des Landesmindestlohns, Ausbildungsquote und Frauenförderung sind verbindlich vorzusetzen und zu kontrollieren.

Der zu Beginn 2015 eingeführte Mindestlohn ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber zum einen erreicht

er wegen der Ausnahmen viele Menschen, die ihn benötigen, nicht. Zum anderen ist der derzeitige Betrag mit 9,19 Euro pro Stunde viel zu niedrig. Eine Anhebung auf 12,63 Euro sofort und Abschaffungen der Ausnahmetatbestände sind Forderungen der Partei DIE LINKE. Dieses gilt natürlich auch für den Landesmindestlohn – solange der Mindestlohn auf Bundesebene nicht bedarfsdeckend angehoben ist.

Die Zeiten, in denen eine Berufsausbildung für das ganze Leben ausreichte, sind vorbei. Entweder ist eine weitere Ausbildung nötig oder die abgeschlossene Ausbildung muss der Entwicklung angepasst werden. Aus dem Grund ist es die Aufgabe des Staates, die Weiterbildung finanziell zu fördern.

Noch immer werden viele Tätigkeiten im öffentlichen Interesse von Beschäftigungsgesellschaften und Wohlfahrtsverbänden im Rahmen von AGH-Stellen (1-Euro-Jobs) ausgeübt. Stattdessen fordern wir Investitionen in den öffentlichen Beschäftigungssektor. Öffentlich geförderte Beschäftigung ist aber nur dann ein geeignetes Instrument, wenn sie reguläre, sozialversicherte, existenzsichernde Arbeitsverhältnisse anbietet. Es ist deshalb notwendig, den Missbrauch durch atypische Beschäftigungen wie Werkverträge und Leiharbeit abzuschaffen und die Förderung Langzeiterwerbsloser in gemeinwohlorientierter Beschäftigung zu finanzieren. DIE LINKE schlägt hier ein bundesweites Programm für 200.000 öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse vor, die mit mindestens 1.500 Euro entlohnt sind.

Wir setzen uns ein für:

- Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an Unternehmen, in denen für alle Mitarbeiter\*innen mindestens der Landes-Mindestlohn gezahlt wird und in denen sichergestellt ist, dass die Mindeststandards der ILO eingehalten werden,
- den sofortigen Stopp des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst,

- Neueinstellungen und eine Übernahme-garantie für Auszubildende,
- den Einstieg in einen sozialen Arbeitsmarkt, der Arbeitsplätze durch öffentliche Investitionsprogramme in den Bereichen Soziales, Jugend, Kultur, Bildung, Umwelt, Gesundheit und Wohnen schafft.

## 14. Wirtschaft und Häfen

In Bremerhaven sind viele Millionen Euro an öffentlichen Geldern in Bauten investiert worden. Einige Gebäude wie das Klimahaus, Auswandererhaus und das Kunstmuseum tragen zu einer Verbesserung des kulturellen Umfelds und damit auch zu Einnahmen im Tourismus bei. Auf der anderen Seite sind durch das Mediterraneo oder das öffentlich subventionierte Sail-City-Hotel viele Mittel verbaut worden, die an anderer Stelle fehlen. In den Hafentunnel werden weitere Millionen Euro versenkt.

### **Situation im Einzelhandel**

Kernstück der Havenwelten ist das Mediterraneo, ein Einkaufszentrum im Mittelmeer-Stil. Vor dem Bau wurde mit 40 Betrieben und 260 Arbeitsplätzen, davon 170 in Teilzeit, geworben. Die Realität sieht anders aus.

Die Vergabe von Fördermitteln, die für die Wirtschaftsförderung eingesetzt werden, muss daher in Zukunft an klar definierte Kriterien gebunden werden.

Aufgabe der Kommune ist die Entwicklung und Umsetzung einer Ansiedlungspolitik, die die wohnortna-

he und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung gewährleistet. Die Ansiedlung von SB- und Baumärkten darf die vorhandene Infrastruktur in den Stadtteilen nicht gefährden, sondern muss sie ergänzen.

### **Rückführung von privatisierten städtischen Betrieben**

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen hat sich als Fehler erwiesen. Dieses zeigt sich immer öfter – nicht nur in Bremerhaven. Hierzu die wichtigsten Beispiele:

Die Müllentsorgung, der Betrieb der Müllverbrennungsanlage und der Mülldeponie Grauer Wall sind privatisiert worden. Nun hat die Stadt Schwierigkeiten, den Betrieb der Mülldeponie zu kontrollieren, da der private Betreiber nicht in erster Linie die Interessen der Bremerhavener Bevölkerung im Blick hat, sondern die Möglichkeiten, durch Verbrennung und Deponierung von Müll aus anderen Regionen zusätzliche Profite zu machen.

Die Krankenhäuser der DRK-Stiftung sind an den privaten Betreiber Ameos verkauft worden, der an anderen

Standorten in Deutschland einen zweifelhaften Ruf beim Personal hat. Eine Krankenhaus-Gesamtplanung in Bremerhaven und Umgebung ist damit noch schwieriger geworden, als sie es ohnehin schon war.

Bei der Privatisierung der Wasserversorgung ist dem neuen Betreiber swb nicht vertraglich auferlegt worden, den Grundwasserspiegel auf den Stand zu Beginn der 1960-er Jahre aufrecht zu erhalten. Dies führt zu den im Abschnitt über »Schutz der Umwelt« aufgeführten massiven Problemen für viele Häuser in Wulsdorf.

In vielen Kommunen Deutschlands setzen Bürger\*innen und auch die kommunalen Regierungen darauf, die privatisierten Unternehmen der öffentlichen Daseinsfürsorge – wie Gesundheit, Wasser, Energie, Entsorgung, Verkehr – wieder in öffentliche Hand zu überführen. Die Kosten des privaten Betriebs sind für die Kommunen und Bürger\*innen zu teuer und nicht zu kontrollieren. Die Chance der Rekommunalisierung der Müllabfuhr ist in der Stadt Bremen nur halbherzig wahrgenommen worden. In Bremerhaven hat der Magistrat ohne Befassung durch die Stadtverordnetenversammlung vorzeitig auf eine Kündigung der Verträge verzichtet.

Wir setzen uns ein für:

- Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit,
- eine strengere Überprüfung der Kriterien von Kurzarbeit,
- die Vergabe von Fördermitteln und Krediten nur bei Sicherung bestehender oder Schaffung zusätzlicher Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Verpflichtung zur Tariftreue und Gewährleistung kontinuierlicher Qualifizierungs-, Fort- und Weiterbildung,

- Kopplung von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen an den Nachweis der Schaffung von Arbeitsplätzen zu tariflichen Bedingungen,

- Vergabe öffentliche Aufträge nur an Unternehmen, die sicher stellen, dass geltende Tarifverträge, Sozialstandards und der Umweltschutz eingehalten werden,

- Schaffung von Transparenz der städtischer Gesellschaften, bzw. von Gesellschaften mit mehrheitlich städtischer Beteiligung,

- keine weiteren Privatisierungen,

- Initiativen zur (Re-)kommunalisierung von Unternehmen, die der Daseinsfürsorge dienen.

## Die Häfen

Die zukunftsfähige Aufstellung der Hafенbetriebe, insbesondere der Werften, erfordert weiterhin starkes staatliches Engagement. Öffentliche Investitionen müssen künftig aber mit einer wirksamen staatlichen Beteiligung verbunden sein, die die Einhaltung von tariflichen Mindeststandards bei Löhnen und Mitbestimmung garantiert. In der Hafенwirtschaft sind generell eine starke Gewerbeaufsicht und verstärkte Kontrolltätigkeit notwendig, damit keine Einfallstore für Verletzungen von Tarifrecht und Arbeitsschutz entstehen, gerade auch unter den Bedingungen einer europaweiten Mobilität von Arbeitssuchenden.

Für die Beschäftigungssicherheit und eine ordentliche Entlohnung der Hafенarbeiter\*innen ist der Gesamthafенbetriebsverein (GHBV) eine Errungenschaft, an der unbedingt festzuhalten ist. Hier kommt sowohl der BLG als auch dem Land eine erhebliche Verantwortung zu, Transparenz und auskömm-

liche Beiträge durchzusetzen und ein Unterlaufen durch private Billigvermittler zu verhindern. Der GHBV braucht Beiträge der Hafенbetriebe, die ihn tatsächlich in die Lage versetzen, seine eigentliche Aufgabe zu erfüllen, also konjunkturelle Krisen ohne Massenentlassungen durchzustehen. Eine Unterstützung durch Kredite des Landes kann dies ergänzen. Landesmindestlohn und tarifliche Bezahlung im Hafen müssen umfassend sichergestellt werden.

Die Windenergie ist insbesondere für Bremerhaven eine wichtige Wachstumsbranche. Doch sind die Arbeitsplatzversprechungen nicht erfüllt worden. Im Gegenteil – vorhandene Arbeitsplätze werden wieder abgebaut, Leiharbeit und Werkverträge ersetzen Vollzeitstellen. Durch das unklare Agieren der Bundesregierung kommt es zu Schwankungen in der Auftragslage.

Die Ziele der sogenannten Energiewende sind ohne Offshore-Technik nicht zu erreichen. Durch sichere Rahmenbedingungen auf Bundesebene können in der Windenergie-Branche verlässliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Zusammenwirken der bereits angesiedelten Unternehmen mit den vielfältig aktiven Forschungs-, Entwicklungs- und Schulungseinrichtungen muss somit ein konzeptioneller Produktionsverbund für den Komponenten- und Komplettbau hoch komplexer Windenergie-Anlagen etabliert werden. Diese dürfte dazu beitragen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und möglichst viele hochwertige zu generieren und erhalten.

Das Land Bremen und die Stadt halten weiterhin am Bau des Offshore-Terminals OTB fest. Inzwischen haben sich die Gegebenheiten, die für einen OTB sprechen, geändert. Die Planungen sind einzustellen. Ein Versuch, über die Hintertür daraus einen Schwerlast-

Terminal zu machen ist zum Scheitern verurteilt, da eine Ausnahmegenehmigung zum Bau an Notwendigkeiten aus der Energiewende gekoppelt ist, die nicht mehr gegeben sind.

Wir setzen uns ein für:

- die Vermeidung von Emissionen im Hafengebiet,
- das Verbot der Verbrennung von Schweröl und Diesel im Hafengebiet und den Revieren auch für Versorgungsschiffe der Bundeswehr,
- die Einstellung des Umschlages von radioaktiven und explosiven Materialien,
- die Entwicklung von international einheitlichen Landanschlusssystemen zur Stromversorgung der Schiffe im Hafen,
- die Einrichtung einer Bunkerstation für Flüssiggas (LNG: liquefied natural gas) im Hafen,
- Kooperation der Küstenländer, um den Bau der Offshore-Windparks sowie des Netzausbaus und der -anbindung zu forcieren,
- Einstellung der Planungen für einen OTB, Umwidmung der vorgesehenen Mittel für Bremerhavener Infrastruktur-Maßnahmen.



Prüfen Sie unsere Positionen,  
sprechen Sie mit uns,  
lernen Sie uns kennen:

**DIE LINKE. Bremerhaven**

Elbestraße 30

27570 Bremerhaven

[info@dielinke-bremerhaven.de](mailto:info@dielinke-bremerhaven.de)

V.i.S.d.P. Günter Matthiessen



